

2. Online-Meeting der Friedrich-Ebert-Stiftung MV:

Gespräch mit Prof. Dr. Gesine Schwan, zum Thema „Soziale Ungleichheit heute“

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

Unter der Leitung von Serge Embacher, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, fand am 20. 02. 2021 eine interessante Diskussionsveranstaltung mit Frau Prof. Dr. Schwan, Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, statt, die aktuellen sozialpolitischen Diagnosen und Überlegungen gewidmet war. Der Ausgangspunkt von Frau Schwan war das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Menschen eigen ist, und durch seine Verwirklichung soziale Grundbedürfnisse befriedigen und dadurch Ungleichheit verringern kann. Dabei hob sie hervor, dass es nicht um eine allgemeine Gleichmacherei und nicht um eine bloße Umverteilung geht, sondern durch die Sicherung von Freiheitsrechten für alle garantiert sein muss, dass innerhalb eines bestehenden Wertgefüges in der Gesellschaft über die Wahrnehmung einer persönlichen Verantwortung für die Selbstbestimmung hingeführt wird zu einem Denken in Solidarität. Eine solche Konstruktion in der Gesellschaft stellt hohe Ansprüche an Politik und Handeln des Staates. Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge und entsprechende Verwendung öffentlicher Güter rücken dabei in den Vordergrund. Das schließt u. a. eine aktive Beteiligung der Bürger durch eigenes Engagement ein.

Gesine Schwan verdeutlichte, wie durch eine neoliberale Politik in den letzten drei Jahrzehnten die soziale Ungleichheit enorm gewachsen ist. Ein Markt ohne Regulierung führt zur einseitigen Anhäufung von Geld und dadurch zur Machtkonzentration und zu groben Entstellungen sowohl im Markt als auch im sozialen Bereich. Es muss heute um mehr Chancengleichheit gehen, besonders im Bildungsbereich. Dabei darf die eigene Verantwortung nicht untergehen, man kann nicht nur von außen gebildet werden, sondern man muss sich auch bilden wollen, um Einsichten und Fähigkeiten zu erwerben, durch die man Chancen wahrnehmen kann. Dazu gehört, dass staatlicherseits eine zielstrebige Förderung entsprechender Möglichkeiten unterstützt und gefördert wird.

Im Gespräch mit den Teilnehmern des Meetings wurden verschiedene Teilfragen aufgegriffen. Ein Schwerpunkt waren aktuelle und problematische Entwicklungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, besonders beim sozialen Wohnungsbau und im Gesundheitswesen. Frau Schwan wies darauf hin, dass gemischte Eigentumsformen durchaus positiv sind, aber das Verhältnis zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Eigentum seit längeren durch die Zunahme der privatwirtschaftlichen Interessen geradezu entgleist ist. Zwar kann auch das

öffentliche Eigentum nicht alles tun, aber gerade im Wohnungsbau ist es besonders gefordert. Besonders problematisch ist die einseitige Privatisierung im Krankenhausbereich. Durch den privatwirtschaftlich gewinnorientierten Betrieb sind Krankenhäuser heute nicht mehr in erster Linie patientenfreundlich. Das sich aus den neoliberalen Tendenzen ergebende vorrangige privatwirtschaftliche Denken führt zu Misstrauen der Menschen gegenüber den Gesundheitseinrichtungen.

Probleme ergeben sich auch zunehmend im Rentenbereich. Es geht dabei weniger um die Beseitigung der Unterschiede zwischen dem „normalen“ Rentner und der Beamtenversorgung – obwohl darüber in Zukunft stärker nachgedacht werden sollte – als vielmehr um die unsolidarische Tendenz, den Generationenvertrag mehr und mehr aufzugeben und vorrangig auf die private Lebensabsicherung zu setzen. Es sollte stärker beachtet werden, dass die These einer radikalen Liberalität, man könne doch die Ungleichheit in der Gesellschaft positiv als Antrieb nutzen, ebenfalls eine gegen die Solidarität gerichtete Ansicht ist. Gerade jahrzehntelange Entwicklung in einigen europäischen Staaten, besonders in den skandinavischen Ländern zeigt, dass durch mehr Gleichheit sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft insgesamt gestärkt wird.

Aufgegriffen wurde in diesem Zusammenhang die immer noch vorhandene Benachteiligung von Frauen als ein Problem sozialer Ungleichheit. Frau Schwan verwies besonders darauf, dass immer noch viele Männer Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau für sich als eine Verlustperspektive sehen und nicht als Gewinnperspektive für beide Seiten betrachten. Es geht nicht darum, eine männliche Welt zu überwinden, sondern um die Schaffung einer partnerschaftlich organisierten und gestalteten menschlichen Welt. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung beginnt in der Familie, die durch positive Entwicklung von Partnerschaft eine regelrechte Sozialisierungsinstitution ist.

Frederic Werner, Leiter des Landesbüros MV der Friedrich-Ebert-Stiftung, konnte abschließend feststellen, dass trotz der vielen weltweit bestehenden Probleme auch im Sozialbereich die Situation nicht hoffnungslos ist. Frau Schwan und den Diskussionsteilnehmern dankte er für die aufgezeigte Perspektive.

Für uns als europäisch ausgerichtete Akteure sind die sozialpolitischen Fragen der Entwicklung in der Europäischen Union von besonderer Bedeutung. Wir werden auch in den kommenden Diskussionen im Rahmen der Europäischen Zukunftskonferenz in besonderer Weise darauf zu achten haben, wie die bisher als Prinzipienformulierung bestehende „soziale Säule der EU“ zu einem echten, handhabbaren Instrument werden kann. Der Umgang mit dem Sozialen und der allgemeinen Daseinsvorsorge ist für sehr viele Menschen der Gradmesser ihrer Beziehung zur europäischen Gemeinschaft.